

denen die Bundesregierung wußte, daß sie der Osten bereits abgelehnt hat.

Willy Brandt weigerte sich, das kombinierte Partei- und Regierungsvotum zu akzeptieren. Der Regierende Bürgermeister: „Der Senat ist doch kein Befehlsempfänger.“ Wenn die Bundesregierung nicht einlenke, so beschloß der Senat, solle der Senatsrat Korber nicht in ohnehin aussichtslose Verhandlungen geschickt werden.

Die Bundesregierung aber blieb auf einer weiteren Kabinettsitzung am Mittwoch zum Thema Härtestelle hart, und Pressesprecher Hase beschwor hinterher im Hinblick auf die Brandt-Politik die Gefahr eines nationalen Notstands: „Wir sind an dem Punkt angelangt, wo nein gesagt werden muß.“

Es war der Punkt, an dem die CDU zum letzten Gefecht im Wahlkampf um Nordrhein-Westfalen antrat, und es war das „Nein“, das die Bundesregierung schon einmal gesagt hatte — im August 1965. Damals, einen Monat vor der Bundestagswahl, verwarf sie ein Pässierscheinabkommen als unzumutbar, das zwei Monate nach der Wahl unverändert unterzeichnet werden durfte.

SPD-OSTBÜRO

Kartoffeln erfroren

Sieben Tage lang standen im Herbst 1950 fünf Kühlwagen der Deutschen Reichsbahn auf einem Abstellgleis des Güterbahnhofes von Rostock. Am achten Tag öffneten Bahnbeamte die Waggontüren. Der Inhalt — Butter aus Polen — war infolge zu langer Lagerung verdorben.

Eine Woche später berichteten Reisende, die aus Leipzig nach West-Berlin kamen, über offene Meuterei in der Messestadt: Die Bevölkerung machte das SED-Regime dafür verantwortlich, daß die ohnehin kleine wöchentliche Butterration nicht ausgegeben wurde.

Tatsächlich aber war Walter Ulbricht an dieser Versorgungsspanne unschuldig. Den Leipziguern war von einem West-Berliner Stellwerk aus die Butter entführt worden.

Die Außenstelle Berlin-Charlottenburg des „Ostbüros der SPD“ hatte Begleitpapiere der Reichsbahn nachdrucken lassen, mit gefälschten Bestimmungs-Angaben versehen und in den sowjetzonalen Dienstbetrieb eingeschleust. So landete die Butter, damals in der Zone eine Rarität, statt in Leipzig auf dem Rostocker Müll.

Im Winter desselben Jahres beschuldigte die Zonen-Bevölkerung ihre Funktionäre, nicht rechtzeitig Kartoffeln angekart zu haben. Währenddessen erfroren die begehrten Erdfrüchte auf Abstellgleisen. Auch diese Transporte waren von West-Berlin aus in die Irre dirigiert worden.

Am vorletzten Donnerstag wurde einer der Ober-Rangiermeister solcher Eisenbahnschienen selbst aufs tote Gleis geschoben: Stephan G. Thomas, 55, Chef des SPD-Ostbüros, wechselte als Abteilungsleiter zur sozialdemokratischen Friedrich-Ebert-Stiftung.

Schon mit Beginn des Kalten Krieges im Jahre 1947 war Thomas in den vordersten Graben der geheimen Front gesprungen. Damals hielt SPD-Führer

Kurt Schumacher Ausschau nach Mitarbeitern für das in Hannover neugebildete Ostbüro der Partei.

Schumachers Auftrag: Das Ostbüro sollte nach der Zwangsvereinigung der SPD mit der KPD

- ▷ Kontakt zu den alten SPD-Genossen in Mitteldeutschland halten,
- ▷ Informationen in die Zone schleusen.
- ▷ Infiltrationen des SPD-Apparates durch Ost-Spitzel verhindern und
- ▷ den Westen über die Verhältnisse im SED-Bereich aufklären.

Für diese Aufgabe, eine Mischung aus Geheimdienst, Volksaufklärung und Propaganda, hatten aus englischer Emigration heimgekehrte Sozialdemokraten ihrem Parteichef den ehemaligen Lagersprecher des Antifaschisten-Camps Ascot, Stephan Grzeskowiak, empfohlen.



Ehemaliger Ostbüro-Chef Thomas
Züge in der Zone umgeleitet

len. Schumacher fand Gefallen an dem ideologisch sattelfesten und unerschrockenen Gaswerker-Sohn aus Berlin. So ging Grzeskowiak an die Ostarbeit, zunächst als zweiter Mann, ab 1. Juli 1947 als Büro-Chef. Um eigene Angehörige in der Zone nicht zu gefährden, nannte er sich „Thomas“.

Nachdem die Kommunisten das Pseudonym gelüftet hatten, riet Schumacher seinem Ost-Experten zur offiziellen Namensänderung: „Als Grzeskowiak kennt dich niemand. Außerdem kann keiner den Namen aussprechen.“ So wurde aus Stephan Grzeskowiak Stephan G. Thomas.

Von der West-Berliner Außenstelle des in Hannover installierten Ostbüros aus konnte Thomas die SPD-Genossen in der Zone zunächst noch offen anlaufen. Sozialdemokraten aus Chemnitz, Stralsund und Frankfurt/Oder gaben in Charlottenburg ihre Stimmungsberichte ab und nahmen Anweisungen für den Widerstand mit nach Hause.

Doch zu Beginn des Jahres 1949 ließ Ulbricht Hunderte ehemaliger SPD-Mitglieder verhaften und wegen „Sozialdemokratismus“ aburteilen. Jeder frühere sozialdemokratische Genosse geriet unter Kuratel des Staatssicherheitsdienstes.

Deshalb mußte auch das Ostbüro unter Thomas seine Taktik ändern: Die bis dahin offenen Beziehungen wurden in konspirative Kontakte umgeknüpft. Das Ostbüro ging in den Untergrund.

An dieser geheimen Front des Kalten Krieges standen die Ostbürokraten freilich nicht allein. Für Spionage, Sabotage, Subversion und Konspiration in der Zone hatten sich 1951 in West-Berlin 80 Geheimdienste etabliert, darunter sogar Agenten von der Formosa-Insel Tschiang Kai-scheks und aus Luxemburg (320 000 Einwohner).

Im Ringen um Informationen und V-Leute und im Erteilen von Aufträgen war Thomas nicht zimperlich. SPD-Leute in der Zone wurden an die Parteiräson erinnert und zur illegalen Mitarbeit gedrängt.

Da dieser Untergrundkampf vom Ostbüro zuweilen dilettantisch und zu meist hemdsärmelig geführt wurde, fielen zahlreiche V-Leute des Thomas-Apparates in die Hände des Staatssicherheitsdienstes. Auch die Auswertung der im Osten gesammelten Informationen war nicht immer korrekt. Um im Ulbricht-Staat Verwirrung zu stiften, veröffentlichte das Ostbüro Zweckmeldungen.

Wiederholt versuchten die im offiziellen Bonner Auftrag operierenden zwei Geheimdienste — Bundesnachrichtendienst und Bundesamt für Verfassungsschutz — dem Ostbüro der SPD die Flügel zu stutzen. Urteil der professionellen Geheimdienstler: „Das Ostbüro ist eine Laienspielgruppe.“

Aber erst 1958 beschnitt der SPD-Vorstand seinem bis dahin selbstherrlichen Ost-Experten die Kompetenzen. Willy Brandt, dem Berliner Agentendschungel ohnehin abhold, Fritz Erlér, SPD-Parlamentsbeauftragter für die regulären Geheimdienste, und Herbert Wehner kamen überein: Die Indianerspiele des Kalten Krieges seien überholt. Zudem kündigten immer mehr sozialdemokratische V-Leute in der Zone dem Thomas-Büro die Agentendienste auf.

Nach dem Bau der Berliner Mauer im August 1961 schließlich versiegte der Informations-Strom aus dem Osten fast ganz. Der SPD-Parteivorstand beschloß nun endgültig die Einstellung des Untergrundkampfes gegen den SED-Staat und dokumentierte den politischen Sinneswandel mit einer neuen Firmenbezeichnung für das Ostbüro: „Referat Wiedervereinigung“.

Allein Partisanen-Chef Thomas kämpfte weiter. Er machte Herbert Wehner („Wir sind menschlich völlig beziehungslos zueinander“) für seine Kaltstellung verantwortlich und ging aus dem Untergrund in die Luft: Über die Minengürtel an der Zonengrenze ließ er Ballons mit Propagandamaterial gen Osten treiben. So regneten vor drei Jahren auf die Soldaten der Warschauer-Pakt-Staaten bei deren Manöver in Ostsachsen Tausende von Flugblättern herab: in deutscher, russischer, polnischer und tschechischer Sprache.

Mehrsprachig bleibt Thomas auch in seiner neuen, friedlichen Mission: Als Leiter der Abteilung Internationale Beziehungen der Friedrich-Ebert-Stiftung soll er Vorträge halten. Vier Fremdsprachen — Englisch, Französisch, Polnisch und Russisch — beherrscht er perfekt. Jetzt lernt er Spanisch.